

SATZUNG des

Bremer Heilpraktiker Verband e. V.

§1: Name und Sitz

Der Verband führt den Namen »Bremer Heilpraktiker Verband e. V.«. Der Verband hat seinen Sitz im Lande Bremen und ist im Vereinsregister des Amtsgerichts Bremen eingetragen.

§2: Zweck des Verbandes

Der Zweck des Verbandes ist:

1. Die Förderung der Heilpraktiker in fachlicher, rechtlicher und standesgemäßer Hinsicht.
2. Innerhalb des Verbandes mit Behörden oder Verbänden zu verhandeln und ihnen Auskunft zu erteilen.
5. Für ein gutes Verhältnis der Heilpraktiker untereinander und zu den übrigen Berufen des Gesundheitswesens zu sorgen.
4. Die Erfahrungen der Heilpraktiker in der Behandlung kranker Menschen zu sammeln, die von ihnen angewandten Behandlungs- und Untersuchungsmethoden zu erforschen, weiter auszubauen und im Interesse der Volksgesundheit auszuwerten.
5. Der Austausch berufswissenschaftlicher Erkenntnisse mit den Vertretern der Heilberufe des In- und Auslandes.

§2a: Vereinsvermögen, Anlage, Erträge

Mittel des Verbandes dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Keine Person darf durch Ausgaben oder Zuwendungen, die den Zwecken des Vereins fremd sind, begünstigt werden. Die Mitglieder des Vorstandes dürfen keine Vergütungen erhalten. Auslagen sind jedoch zu erstatten, soweit diese notwendig waren und den Rahmen des üblichen nicht übersteigen.

Um die Verwirklichung der satzungsgemäßen Ziele und den Bestand des Verbandes auch langfristig zu sichern (und um unverschuldete finanzielle Notlagen von Verbandsmitgliedern zu mildern bzw. abzuwenden) darf der Verband Vermögen in Form von finanziellen Rücklagen ansammeln. Soweit das Verbandsvermögen nicht zur Finanzierung der laufenden Verwaltungsausgaben benötigt wird, sind 75% des Verbandsvermögens grundsätzlich als Finanzrücklage bzw. Vermögenssubstanz für die langfristige Verwirklichung der Verbandsziele und Verbandssicherung zu bilden. Dieser Teil des Verbandsvermögens ist zinsbegünstigt und sicher anzulegen.

Die jeweils angesammelten und angelegten Finanzrücklagen sind in ihrem Bestand möglichst ungeschmälert zu erhalten und durch Zinserträge zu vermehren. Ein Rückgriff auf die angesammelte Finanzrücklage ist nur möglich, wenn der Verbandszweck anders nicht verwirklicht werden kann oder der Bestand des Verbandes nachhaltig gefährdet ist. Hierfür ist eine Entscheidung der Mitgliederversammlung, die mit 2/3 Mehrheit getroffen werden muss, erforderlich.

§3: Mitgliedschaft

1. Wer im Lande Bremen wohnt oder praktiziert und im Besitz der gesetzlich vorgeschriebenen Erlaubnis zur Ausübung der Heilkunde ohne Bestallung ist und nicht einem Verband mit gleichen Zwecken angehört, kann ordentliches Mitglied des Verbandes werden ohne Rücksicht auf Religion, Rasse, politische Anschauung.
2. Personen, die in Vorbereitung zum Heilpraktikerberuf an einer Fachschule stehen,
können »vorläufiges« Mitglied werden. Sie haben kein Stimm- und Wahlrecht.
3. Aufnahmeanträge zum ordentlichen Mitglied sind schriftlich an den Vorstand des Verbandes zu richten. Dem Aufnahmeantrag ist die behördliche Erlaubnis zur Ausübung der Heilkunde ohne Bestallung beizufügen. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand.
4. Mitglieder und andere Personen, die sich um den Berufsstand oder die Volksgesundheit besondere Verdienste erworben haben, können vom Vorstand (§6) zu Ehrenmitgliedern ernannt werden.

Berufsfremde Personen erhalten durch die Ehrenmitgliedschaft kein Stimm- oder Wahlrecht.

§4: Ruhen und Ende der Mitgliedschaft

1. Die ordentliche Mitgliedschaft ruht, wenn der Beruf vorübergehend - bei Kenntnisnahme des Verbandes - nicht ausgeübt wird. Damit ruhen auch alle Rechte und Pflichten, die sich aus dieser Satzung ergeben. Das Ruhen der Mitgliedschaft ist befristet, es muss beim Verband jährlich neu beantragt werden.

2. Die Mitgliedschaft endet:

- a) durch die Zurücknahme der behördlichen Erlaubnis, wenn das Urteil rechtskräftig wird,
- b) durch Austrittserklärung, die nur zum Ende des laufenden Jahres zulässig ist und spätestens bis zum 1. Oktober erklärt werden muss,
- c) mit dem Tode,
- d) bei gleichzeitiger Mitgliedschaft zu einem anderen Verband mit gleichem Zweck.

3. Der Ausschluss kann erfolgen:

- a) bei Nichteinhaltung der Berufsordnung für Heilpraktiker, wie etwa bei Verletzung der Berufspflichten, standesunwürdigem Verhalten und groben Verstößen gegen die Interessen des Bremer Heilpraktiker Verband e. V.,
- b) wenn die Verbandsinteressen gefährdet oder geschädigt werden,
- c) wenn eine Bestrafung wegen schwerer Vergehen oder Verbrechen erfolgt,
- d) wenn die zu zahlenden Beiträge oder Gebühren länger als ein halbes Jahr rückständig sind und trotz Anmahnung nicht gezahlt werden.

4. Wird ein Antrag auf Ausschluss gestellt, obliegt die Entscheidung der Mitgliederversammlung.

Der Antrag auf Ausschluss kann von jedem Mitglied eingebracht werden.

Dem Mitglied ist vor einem Ausschluss Gelegenheit zu geben, sich vor dem erweiterten Vorstand zu rechtfertigen.

Der Beschluss der Mitgliederversammlung ist dem Mitglied unter Angabe der Ausschlussgründe schriftlich mitzuteilen.

§5: Organe des Verbandes

Organe des Verbandes sind:

1. Der Vorstand (§6)

2. Der erweiterte Vorstand (§7)

3. Die Mitgliederversammlung (§8)

§6: Der Vorstand

1. Der Vorstand setzt sich zusammen aus:

- a) dem 1. Vorsitzenden und dem 2. Vorsitzenden,
- b) 3 Beisitzern.

Sämtliche Vorstandsmitglieder müssen Heilpraktiker sein.

2. Der 1. Vorsitzende und der 2. Vorsitzende vertreten den Verband im Sinne des §26 BGB.

3. Die Vorstandsmitglieder werden in der ordentlichen Jahreshauptversammlung auf die Dauer von drei Jahren gewählt. Eine Wiederwahl ist zulässig.

4. Scheidet ein Vorstandsmitglied während der Wahlperiode aus, wird unverzüglich durch den erweiterten Vorstand (§7) ein Mitglied des Verbandes kommissarisch als Vorstandsmitglied für das ausscheidende Vorstandsmitglied bestellt.

Diese Regelung gilt bis zur nächsten Mitgliederversammlung, in der dann die entsprechende Neuwahl zu erfolgen hat.

5. Die Abberufung eines Vorstandsmitgliedes des Verbandes während der Wahlperiode ist nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes möglich (im Sinne des §27 Abs. 2 BGB, bei verbandsschädigender Tätigkeit oder standesunwürdigem Verhalten). Die Abberufung erfolgt durch den erweiterten Vorstand (§7).

Der Beschluss des erweiterten Vorstandes ist dem betroffenen Vorstandsmitglied unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

Mit der Abberufung ist das betroffene Vorstandsmitglied von allen Vorstandsgeschäften ausgeschlossen; der Betroffene hat unverzüglich sämtliche Unterlagen, Papiere und Aufzeichnungen sowie sonstige Gegenstände, die er aufgrund seiner Vorstandsfunktion im Besitz hat, an den Vorstand herauszugeben.

§7: Erweiterter Vorstand

1. Der erweiterte Vorstand setzt sich zusammen aus:

a) dem 1. und 2. Vorsitzenden des Verbandes,

b) den 5 Beisitzern,

c) dem Kassenwart,

d) dem Schriftführer,

e) dem Landesfachfortbildungsleiter.

2. Der erweiterte Vorstand erlässt besondere Verbandsordnungen (Geschäftsordnung, Wahlordnung, Beitragsordnung u. a.), kann sie abändern bzw. aufheben. Diese Ordnungen werden nicht Bestandteil dieser Satzung.

3. Die Einberufung erfolgt bei Bedarf und hat durch den Vorsitzenden oder seinen Stellvertreter zu erfolgen. Er muss einberufen werden, wenn ein Drittel der Mitglieder des erweiterten Vorstandes es fordern.

§8: Die Mitgliederversammlung

1. Die ordentliche Mitgliederversammlung ist alljährlich im ersten Vierteljahr nach Ablauf des Geschäftsjahres einzuberufen. Sie kann, wenn der erweiterte Vorstand das mit Stimmenmehrheit beschließt, verschoben werden.

2. Der 1. oder 2. Vorsitzende bestimmt Versammlungsort und Versammlungstag. Die Einladungen müssen spätestens zwei Wochen vor der Versammlung unter Angabe der Tagesordnung versandt werden. Für die Einhaltung der Frist kommt es auf den Absendetag an.

3. Jede ordentliche einberufene Mitgliederversammlung ist beschlussfähig.

Die Jahreshauptversammlung beschließt über:

a) das Protokoll der vorausgegangenen Jahreshauptversammlung,

b) den Geschäfts- und Kassenbericht,

c) den Bericht der Kassenrevisoren,

d) die Entlastung des Vorstandes,

e) Neuwahl des Vorstandes (§6), sofern satzungsmäßig Wahlen anfallen,

- f) die Wahl der Kassenrevisoren,
 - g) die Festsetzung der Mitgliedsbeiträge,
 - h) die Satzungsänderungen.
4. Die Wahlen werden durch eine Wahlordnung geregelt, die durch den erweiterten Vorstand erlassen wird.
 5. Bei Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der erschienenen Mitglieder. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.
 6. Anträge können von jedem Mitglied gestellt werden. Sie müssen mindestens 8 Tage vor der Mitgliederversammlung dem Vorstand (§6) vorliegen.
 7. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen:
 - a) wenn die Belange des Verbandes es fordern,
 - b) wenn der erweiterte Vorstand mit Stimmenmehrheit es beschließt,
 - c) wenn ein Drittel der Mitglieder es schriftlich fordern.
 8. Eine Vertretung oder Übertragung des Wahl- oder Stimmrechts ist unzulässig.
 9. Von der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll anzufertigen, das vom Versammlungsleiter und Schriftführer unterzeichnet werden muss.

§9: Beiträge und Gebühren

Gebühren- und Beitragszahlungen werden von der Mitgliederversammlung (§8) festgesetzt.

§10: Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr des Verbandes ist das Kalenderjahr.

§11: Kassenführung

1. Rechtsgeschäfte des Verbandes mit einem Geschäftswert von 1000,-€ bis 2500,-€ bedürfen der vorherigen Bestätigung des Vorstandes (§6), über 2500,- € der des erweiterten Vorstandes (§7).

2. Der Kassenwart hat dem Vorstand und erweitertem Vorstand von allen eingegangenen Verpflichtungen des Verbandes auf der jeweils nächsten Sitzung Kenntnis zu geben.

§12: Satzungsänderungen

Satzungsänderungen können nur durch eine Mitgliederversammlung erfolgen. Sie müssen mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder beschlossen werden.

§13: Auflösung des Verbandes und Verwendung des Vermögens

Eine Auflösung des Verbandes kann nur durch eine Mitgliederversammlung erfolgen. Der Beschluss muss mit Zweidrittelmehrheit der erschienenen Mitglieder erfolgen.

Die die Auflösung beschließende Mitgliederversammlung verfügt auch über die Verwendung des bei der Auflösung vorhandenen Vermögens mit Zweidrittelmehrheit der erschienenen Mitglieder.

Das Vermögen darf den Anfallberechtigten nicht vor Ablauf eines Jahres nach der Bekanntgabe der Auflösung des Vereins oder der Entziehung der Rechtsfähigkeit ausgehändigt werden.

§14: Gerichtsstand

Für etwaige Streitigkeiten zwischen den Mitgliedern und des Verbandes und seinen Mitgliedern ist der Gerichtsstand Bremen.

§15: Schlussbestimmungen

1. Jedem Mitglied ist auf Verlangen eine Satzung auszuhändigen.
2. Diese Satzung tritt mit der Eintragung in das Vereinsregister in Kraft.

Beschlossen von der Mitgliederversammlung zu Bremen am 2. April 1977.

Die Satzung ist am 20. Mai 1977 unter VR 2790 in das Vereinsregister des Amtsgerichts Bremen eingetragen worden. Zuletzt geändert durch die im Protokoll vom 13. Dezember 1989 beschlossene Satzungsänderung, eingetragen unter VR 2790 am 22.01.1990.